

Presseerklärung

Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau unterfinanziert Der Vorsitzende des Wissenschaftsrates fordert Mittelaufstockung

Die Bundesregierung hat angekündigt, daß sie ihren Anteil am Hochschulbau für 1994 auf 1,68 Mrd. DM begrenzen und mittelfristig auf 1,6 Mrd. DM festschreiben will. Sollte sie diese Absicht wahr machen, so wird die Hochschulentwicklung in massiver Weise beeinträchtigt. Der Wissenschaftsrat hat auf der Grundlage der Länderanmeldungen für 1994 einen Bedarf von je 2,3 Mrd. DM von Bund und Ländern für die Maßnahmen errechnet, die notwendig sind, um die Hochschulen funktionsfähig und international konkurrenzfähig zu halten. Auch die Länder würden mit dem von den Regierungschefs mit 2 Mrd. DM für 1994 bezifferten Ansatz deutlich unter dem ermittelten Finanzbedarf bleiben.

Die Situation im Hochschulbau und dessen aktueller Finanzbedarf ist vor folgendem Hintergrund zu sehen:

1. Die Hochschulen sind seit mehr als einem Jahrzehnt unterfinanziert. Diese Tatsache wird weder vom Bund noch von den Ländern bestritten. Dadurch ist in den alten Ländern ein erheblicher Nachholbedarf an Erweiterungen, Sanierungen, Modernisierungen und Engpaßbeseitigungen in den Massenfächern aufgelaufen.

2. In den neuen Ländern sind erhebliche Finanzanstrengungen notwendig, um den im Vergleich mit den alten Ländern bestehenden Rückstand allmählich aufzuholen, die Bausubstanz zu sanieren, zu ergänzen und die Labors, Bibliotheken und Seminare nicht nur für eine konkurrenzfähige Forschung und Lehre auszustatten, sondern auch an die allgemeinen Arbeits- und Sicherheitsbestimmungen anzupassen.

3. Es ist einhellig bekundeter Wille von Bund und Ländern und aller politischen Parteien, die Fachhochschulen zügig auszubauen.

Der vorgesehene Finanzrahmen für den Hochschulbau würde die bisherigen Erklärungen zur Hochschulpolitik unglaubwürdig machen.

Unmittelbare Folgen:

- Mit dem Haushaltsansatz des Bundes werden die Länder nur das weiterbauen können, was schon begonnen wurde. Neuvorhaben werden nur realisiert werden können, wenn dafür begonnene Vorhaben gestoppt werden. Vom Wissenschaftsrat einmütig beschlossene Entwicklungskonzepte in den alten und neuen Bundesländern werden auf Jahre hinaus Wunschträume bleiben.

- Den Fachhochschulausbau wird es nicht geben.

- Die qualifizierte personelle Erneuerung an den Hochschulen ist gefährdet, weil sie in den experimentellen Fächern der Natur- und Ingenieurwissenschaften umfangreiche Geräte- und Laborerneuerungen verlangt.

Mittelfristige Folgen:

Der Wissenschaftsrat hat bei seinen Empfehlungen zum 23. Rahmenplan prognostiziert, daß aus den genannten Gründen der Finanzbedarf im Hochschulbau weiter steigen wird, und gebeten, dies bei der mittelfristigen Finanzplanung zu berücksichtigen. Dies ist nicht geschehen. Die Bundesregierung hat die Planung sogar auf 1,6 Mrd DM gekürzt. Der nachgewiesene Bedarf der Hochschulen und die Finanzplanungen entwickeln sich damit gegenläufig und machen Hochschulentwicklungspläne gegenstandslos. Es wird Jahre dauern, bis dieser Rückschlag wieder aufgeholt sein wird.

Diese Sparmaßnahmen treffen die Hochschulen zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt. Öffentlicher und politischer Druck haben die überfällige Strukturreform unseres Hochschulsystems endlich in Gang gebracht. Der Reformprozeß ist nicht zum Nulltarif zu haben.

Von Politik und Wirtschaft wird, insbesondere in der Rezession, unablässig betont, daß die Zukunft unseres Landes in der Forschung, im Technologietransfer und in der bestmöglichen Ausbildung unserer Jugend liege. Die Sparabsichten widersprechen diesen Einsichten.

Der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Professor Dr. Gerhard Neuweiler, hat am 9. Juli 1993 in Berlin nach Abschluß der Sommer-sitzungen des Wissenschaftsrates an Bund und Länder appelliert, alles in ihren Kräften stehende zu tun, damit der Finanzbedarf für den Hochschulbau in 1994 und den folgenden Jahren gedeckt werden kann. Konsumtive Ausgaben müßten gegenüber dieser Zukunftsinvestition zurückstehen.

Unabhängig von den aktuellen Finanzierungsproblemen unterstrich Professor Neuweiler die große Bedeutung der seit mehr als zwei Jahrzehnten bestehenden Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau, die durch den bisherigen Ausbau des Hochschulsektors dokumentiert ist. Er halte es für unverzichtbar, die Gemeinschaftsaufgabe weiterzuführen, damit sie ihre positiven Auswirkungen zum Nutzen der Hochschulen nicht nur in den alten, sondern künftig auch in den neuen Ländern entfalten könne.

